

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Angelika Beer, Christian Sterzing,  
Annelie Buntenbach und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte  
– Drucksachen 13/7100, 13/8468 –**

### **Jahresbericht 1996 (38. Bericht)**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt die in der Vergangenheit bekanntgewordenen rechtsradikalen und gewaltverherrlichenden Vorfälle und Ausschreitungen durch Angehörige der Bundeswehr aufs Schärfste. Es wäre ein für die Demokratie bedrohlicher Vorgang, wenn die Bundeswehr als Teilhaberin des staatlichen Gewaltmonopols Betätigungsfeld für gewaltverherrlichende und rechtsextremistische Propagandisten und Überzeugungstäter würde.
2. Die große Mehrheit der Soldaten bejaht die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und verurteilt die ausländerfeindlichen und rechtsextremen Ausschreitungen der kleinen, aber äußerst besorgniserregenden Minderheit.
3. Die deutlichen öffentlichen Verurteilungen von Ausschreitungen sowie konsequente dienst- und strafrechtliche Maßnahmen gegen die mutmaßlichen Täter sind zu begrüßen, drohen aber inzwischen zum Ritual zu werden. Die Anhäufung der Vorfälle und die Beteiligung einzelner militärischer Vorgesetzter geben Anlaß zur Vermutung, daß es sich bei den bislang bekanntgewordenen Fällen nicht nur um Einzelfälle von Wehrpflichtigen oder um einen bloßen „Spiegel der Gesellschaft“, sondern um ein tiefergehendes strukturelles Problem der Bundeswehr handelt. Die Wahrscheinlichkeit, daß die öffentlich gewordenen Vorfälle nur die Spitze eines Eisbergs sein könnten, wird durch die Tatsache verstärkt, daß die Zahl der gemeldeten „besonderen Vorkommnisse“ in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen ist.

4. Ungeklärt ist bisher, inwieweit es in der Bundeswehr bzw. in einigen Teilbereichen trotz des hohen Anspruchs der Inneren Führung einen Nährboden und ein gesinnungsmäßiges Umfeld für rechtsextreme und gewaltverherrlichende „Einzeltäter“ gibt. Hinweise darauf geben immer wiederkehrende Vorkommnisse einer demokratiefeindlichen Traditionspflege, in der die Wehrmacht pauschal verherrlicht wird oder ausgewiesene Antidemokraten und Nationalisten als Namensgeber von Kasernen zu soldatischen „Vorbildern“ gemacht werden. Die Ergebnisse einer Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr aus dem Jahr 1993, wonach junge Männer desto lieber zur Bundeswehr gehen, je weiter rechts sie stehen, werden durch die jüngste Studie über Offiziersanwärter an Bundeswehruniversitäten bestätigt. Insofern ist der Bundeswehrynachwuchs eben kein Spiegelbild der Gesellschaft. Soll rechtsextremen und gewaltverherrlichenden Vorfällen wirksam und nicht nur äußerlich begegnet werden, muß als erstes die bisherige gravierende Unkenntnis über politische Einstellungsmuster von Soldaten im Kontext der gegenwärtigen Ausbildung und Militärkultur überwunden werden. Hierfür sind sozialwissenschaftliche und militärsoziologische Untersuchungen ein unverzichtbares und dringend gebotenes Erkenntnismittel.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit Entschiedenheit gegen rechtsextreme Ausschreitungen durch Bundeswehrangehörige und alle Formen des Rechtsextremismus in der Truppe vorzugehen,
2. mit Nachdruck dafür Sorge zu tragen, daß im Rahmen eines Maßnahmenkataloges in Form von Aufklärungs- und Werbekampagnen, im Rahmen einer erweiterten politischen Bildung, bei der Führungsausbildung, bei der Personalauswahl usw. offensiv und präventiv gegen „Rechtsextremismus in den Streitkräften“ vorgegangen wird,
3. dafür Sorge zu tragen, daß die Bundeswehr durch die Art der Ausbildung und des militärischen Umgangs, die Namensgebung von Kasernen und die Traditionspflege nicht selbst zum Anziehungspunkt rechtsextremer Sympathisanten wird.

III. Der Deutsche Bundestag bittet die Wehrbeauftragte,

1. eine Fachanhörung zum Thema Rechtsextremismus und Gewaltverherrlichung in den Streitkräften unter Einbeziehung der Erfahrungen anderer NATO-Armeen zu organisieren,
2. anerkannte (Militär-)Soziologen und Rechtsextremismus-Forscher mit repräsentativen Studien zur Erforschung politischer Einstellungsmuster in der Bundeswehr – spezifiziert nach Dienstgradgruppen und Truppenteilen – und im Umfeld der Soldatenverbände zu beauftragen,

3. dem Deutschen Bundestag über die Ergebnisse sowie eingeleitete bzw. einzuleitende Maßnahmen zur Verhinderung rechtsextremer Vorfälle zu berichten.

Bonn, den 29. Oktober 1997

**Winfried Nachtwei**

**Angelika Beer**

**Christian Sterzing**

**Annelie Buntenbach**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

